



E: 31.7.19

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN SCHLOSSPLATZ 1-3 65183 WIESBADEN

Andreas Siebert
Erster Kreisbeigeordneter des
Landkreises Kassel
Wilhelmshöher Allee 19-21
34117 Kassel

Miriam Dahlke, MdL
Sprecherin für Finanzen, Europa und
Haushaltskontrolle

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Tel: +49 (611) 350 784
Fax: +49 (611) 350 1655
Email: m.dahlke@ltg.hessen.de

Wiesbaden, 29. Juli 2019

Verlagerung der Finanzaufsicht über die Städte und Gemeinden im Landkreis Kassel zu den Regierungspräsidien

Sehr geehrter Herr Siebert,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22.07.2019. Gerne will ich Ihnen unsere Haltung zu dem von Ihnen angesprochenen Thema erläutern.

Zunächst einmal seien Sie versichert, dass wenn wir auf Landesebene eine Änderung der Finanzaufsicht diskutieren, wir dies selbstverständlich im bewährten intensiven Austausch mit der kommunalen Familie tun werden. Die in dem Beschluss angesprochene Hochzonung der Finanzaufsicht könnte zu einer stärkeren Vereinheitlichung der Finanzaufsichtsstruktur in Hessen beitragen. Schon jetzt sind die Regierungspräsidien direkt für die Landkreise und die Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern (Sonderstatusstädte), für die kreisfreien Städte (Kassel, Darmstadt, Offenbach) sowie für die Schuttschirmkommunen zuständig. Eine generelle Verlagerung der Finanzaufsicht auf die Regierungspräsidien könnte die Finanzaufsicht homogener, vergleichbarer und damit auch effizienter machen. Außerdem gibt es viele positive Rückmeldungen von Bürgermeistern von Schuttschirmkommunen, die die sehr professionelle Betreuung bei der Haushaltskonsolidierung durch die Regierungspräsidien loben.

Ich bitte Sie zudem Folgendes zu bedenken: Neben der Finanzaufsicht nehmen die Landratsämter eine Vielzahl von Aufgaben wahr, z.B. auch die allgemeine Kommunalaufsicht. Da die Personalkapazitäten der Landratsämter häufig begrenzt sind, könnte eine Hochzonung der Finanzaufsicht auf die Regierungspräsidien einer qualitativen und quantitativen Überlastung diesbezüglich vorbeugen. Ein solcher Schritt hätte also eine entlastende Wirkung für die Landratsämter. Vor allem, da die allgemeine Kommunalaufsicht für die kreisangehörigen Kommunen und die damit verbundenen Strukturen ausdrücklich bei den Landkreisen verbleiben soll.

Gerne stehe ich Ihnen für einen weiteren Austausch zu diesem Thema zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


Miriam Dahlke, MdL

Bankverbindung: Nassauische Sparkasse Wiesbaden IBAN: DE34 51050015 0111145555 BIC: NASSDE55XXX

Sie erreichen uns: Ab Hauptbahnhof mit den Buslinien 4, 12, 14, 27; Haltestelle Dernsches Gelände
oder unter www.gruene-hessen.de